

EulnsVO und StaRUG

Uhlenbruck

16. Auflage 2023
ISBN 978-3-8006-6652-2
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Uhlenbruck
Insolvenzordnung
Band 2



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Insolvenzordnung

Kommentar

Band 2

EuInsVO

SanInsKG (früher COVInsAG)

StaRUG

Herausgegeben von

Prof. Dr. Heribert Hirte, LL. M.

Universitätsprofessor an der Universität Hamburg

Prof. Dr. Heinz Vallender

Aufsicht führender Richter am Amtsgericht Köln a. D.

Honorarprofessor an der Universität zu Köln

16., völlig neu bearbeitete Auflage

des von

Franz Mentzel begründeten sowie von Dr. Georg Kuhn
und Professor Dr. Wilhelm Uhlenbruck
fortgeführten Werkes zur Konkursordnung

Verlag Franz Vahlen München 2023

Zitervorschlag:
Uhlenbruck/*Bearbeiter* Art.... EuInsVO Rn....


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 6652 2

© 2023 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstr. 9, 80801 München
Satz: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Umschlaggestaltung: Ralph Zimmermann – Bureau Parapluie

CO₂
neutral


vahlen.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Bearbeitet von

Christine Borries, LL. M. (Sydney)
Rechtsanwältin, München

Dr. Fabian Bürk, LL. M. (University of Auckland)
Rechtsanwalt, München

PD Dr. Gunter Deppenkemper, LL. M., LL. M. (beide Osnabrück)
Richter am Amtsgericht Mannheim (weiterer aufsichtführender Richter)
Privatdozent an der Universität Osnabrück

Friederike Gräfin von und zu Egloffstein
Wissenschaftliche Mitarbeiterin (Bundestag), Berlin

Daniel Friedemann Fritz
Rechtsanwalt, Frankfurt am Main

Professor Dr. Heribert Hirte, LL. M. (Berkeley)
Universitätsprofessor an der Universität Hamburg

Dr. Hermann Hoffmann, LL. M. (George Washington University)
Richter am Amtsgericht Bremen

Béla Knof
Rechtsanwalt, Hamburg

Dr. Christian Mikalojczak
Rechtsanwalt, Hamburg

Prof. Dr. Sebastian Mock, LL. M. (NYU)
Universitätsprofessor an der Wirtschaftsuniversität Wien

Dr. Christina Möllnitz-Dimick
Habilitation und Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bayreuth

Dr. Dietmar Penzlin
Rechtsanwalt, Hamburg

Professor Dr. Martin Schmidt-Kessel
Universitätsprofessor an der Universität Bayreuth

Simone Schönen
Rechtsanwältin, Hamburg

Prof. Dr. Georg Streit
Rechtsanwalt, München

Prof. Dr. Heinz Vallender
Weiterer aufsichtführender Richter am Amtsgericht, Köln a.D., Erfstadt

Dr. Dirk Wegener, MBL
Rechtsanwalt, Aachen

Maximilian Windorf
Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hamburg

Dr. Helmut Zipperer
Richter am Amtsgericht Mannheim a. D.



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 16. Auflage, Band 2

Die Regelungsdichte im Insolvenzrecht nimmt zu, konnte hier schon im Vorwort zu Band 2 der letzten Auflage angemerkt werden. Das betrifft aber vor allem Instrumente, mit denen die eigentliche Insolvenz gerade vermieden werden kann. Von herausragender Bedeutung ist insoweit das zum 1. Januar 2021 in Kraft getretene Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen (Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz – StaRUG), das – zurückgehend auf die EU-Restrukturierungsrichtlinie (RRL)¹ – genau solche vor- und außerinsolvenzlichen Sanierungen stärkt. Aufbauend auf ihrer Mitwirkung an der Kommentierung der Insolvenzordnung und der EuInsVO haben Frau Christine Borries sowie die Herren Béla Knof, Sebastian Mock, Daniel F. Fritz, Georg Streit, Helmut Zipperer sowie die beiden Unterzeichner Teile der Kommentierung des neuen Gesetzes übernommen; weitere Teile wurden von dem neu in den Autorenkreis hinzugetretenen Richter am Amtsgericht Dr. Hermann Hoffmann, Bremen, sowie den Rechtsanwälten Dr. Fabian Bürk, München, Dr. Dietmar Penzlin und Dr. Christian Mikolajczak und Rechtsanwältin Simone Schönen, alle Hamburg, verfasst.

Unverändert behält seinen Platz in diesem Band 2 die Kommentierung der EuInsVO. Aufbauend auf den früher von Hans-Jochem Lüer kommentierten Vorschriften der EuInsVO 2000 hatten schon in der 15. Auflage Rechtsanwalt Béla Knof und Daniel F. Fritz die Kommentierung der Neufassung der EuInsVO übernommen. Die Erläuterung der in der 15. Auflage von Ottmar Hermann (teilweise gemeinsam mit Frank Bassermann) bearbeiteten Art. 24–60 und Art. 84–92 EuInsVO hat nunmehr PD Dr. Gunter Deppenkemper, Mannheim, übernommen. Den Herren Hermann und Bassermann sei ein herzlicher Dank für ihre Mitarbeit gesagt.

Art. 102c EGIInsO §§ 1–26 EGIInsO, der die deutschen Durchführungsbestimmungen zur EuInsVO 2015 enthält, wurde für diese Auflage neu von Maximilian Windorf, Hamburg, kommentiert; unverändert wurden die Vorschriften auch im Zusammenhang der jeweils in Bezug genommenen Bestimmungen der EuInsVO erläutert.

Art. 102 EGIInsO betrifft die (überholten) Durchführungsnormen zur EuInsVO 2000. Es ist zwar denkbar, dass es noch Anwendungsfälle der EuInsVO 2000 gibt. Insoweit dürfte aber ein Rückgriff auf die Kommentierung der Vorschrift durch Hans-Jochem Lüer in der 14. Auflage dieses Werkes ausreichen; von einer Kommentierung wurde hier daher abgesehen.

Schon in der 15. Auflage sahen sich Herausgeber und Verlag veranlasst, die insolvenzrechtlich relevanten Teile der „Corona-Gesetzgebung“ (Art. 1, 5 und 6 des „Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht“ vom 27. März 2020, BGBl. I, S. 569) unter 3. in diesen Band aufzunehmen. Für den zivilrechtlichen Teil dieses Gesetzes, das auch erhebliche insolvenzrechtliche Auswirkungen hat, waren noch Christina Möllnitz-Dimick und Martin Schmidt-Kessel, beide Universität Bayreuth, zum Autorenteam hinzugetreten. Die vermeintlich kurzfristig angelegte Krisen-Gesetzgebung entpuppte sich – wie die Coronakrise selbst – als deutlich langlebiger als erwartet. Nicht nur dauerte die Krise länger als erhofft; vor allem aber – und das ist für den Kommentar entscheidend – dauert deren rechtliche Aufarbeitung noch einige Zeit an. Zudem steht die Gesetzgebung nicht nur in zeitlicher Hinsicht, sondern vor allem auch in inhaltlicher Hinsicht zwischen dem eigentlichen Insolvenzrecht und dem dann im StaRUG kodifizierten Sanierungsrecht. Der darin liegenden Verstätigung des „Kriseninsolvenzrechts“ hat jetzt der Gesetzgeber noch kurz vor Erscheinen dieser Auflage durch Umbenennung des Gesetzes in „Sanierungs- und insolvenzrechtliches Krisenfolgenabmilderungsgesetz“ (SanInsKG) Rechnung getragen; die dadurch bewirkten Änderungen konnten während der Drucklegung noch berücksichtigt werden.

Die Herausgeber danken allen Autoren für ihre Mitarbeit an der Neuaufgabe dieses Teils des Werkes sowie Frau Friederike Gräfin von und zu Egloffstein, Berlin, und Herrn Maximilian Windorf, Hamburg, für die umsichtige Erstellung des Sachverzeichnisses.

Möge auch dieser Band des Kommentars, der sich traditionell als Praktikerkommentar versteht, in der neuen Auflage wiederum eine rechte Hilfe für den Benutzer sein. Anregungen und Verbesserungsvorschläge werden gerne entgegengenommen. Hinweise an die Herausgeber werden erbeten unter Heribert.Hirte@jura.uni-hamburg.de oder hvallender@t-online.de.

Köln und Hamburg, im Herbst 2022

Heribert Hirte, Heinz Vallender

¹ Richtlinie (EU) 2019/1023 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über präventive Restrukturierungsrahmen, über Entschuldung und über Tätigkeitsverbote sowie über Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz von Restrukturierungs-, Insolvenz- und Entschuldungsverfahren und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 (Restrukturierungsrichtlinie), ABl. EU Nr. L 172 v. 26.6.2019, S. 18.



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Bearbeitet von	V
Vorwort zur 16. Auflage, Band 2	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Verzeichnis der Abkürzungen	XVII
Literaturverzeichnis	XXXI

1. Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung (EGInsO)

Erster Teil. Neufassung des Anfechtungsgesetzes	1
Zweiter Teil. Aufhebung und Änderung von Gesetzen	1
Dritter Teil. Internationales Insolvenzrecht. Übergangs- und Schlussvorschriften	1

2. Kommentierung Verordnung (EU) 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über Insolvenzverfahren

Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen	47
Kapitel II. Anerkennung der Insolvenzverfahren	156
Kapitel III. Sekundärinsolvenzverfahren	219
Kapitel IV. Unterrichtung der Gläubiger und Anmeldung ihrer Forderungen	333
Kapitel V. Insolvenzverfahren über das Vermögen von Mitgliedern einer Unternehmensgruppe	349
Kapitel VI. Datenschutz	416
Kapitel VII. Übergangs- und Schlussbestimmungen	422

3. Corona-Gesetzgebung

Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht

Artikel 1. Gesetz zur vorübergehenden Anpassung sanierungs- und insolvenzrechtlicher Vorschriften zur Abmilderung von Krisenfolgen (Sanierungs- und insolvenzrechtliches Krisenfolgenabmilderungsgesetz – SanJusKG) durch die COVID-19-Pandemie bedingten Insolvenz (COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetz – COVInsAG)	448
Artikel 2 bis 4	503
Artikel 5. Änderungen des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche	503
Artikel 240. Vertragsrechtliche Regelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie	503

4. Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen (Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz – StaRUG)

Teil 1. Krisenfrüherkennung und Krisenmanagement	599
Teil 2. Stabilisierungs- und Strukturierungsrahmen	610
Kapitel 1. Restrukturierungsplan	610
Kapitel 2. Stabilisierungs- und Restrukturierungsinstrumente	879
Kapitel 3. Restrukturierungsbeauftragter	1090

Inhaltsübersicht

Kapitel 4. Öffentliche Restrukturierungssachen	1205
Kapitel 5. Anfechtungs- und Haftungsrecht	1216
Kapitel 6. Arbeitnehmerbeteiligung	1247
Teil 3. Sanierungsmoderation	1255
Teil 4. Frühwarnsysteme	1279
Sachverzeichnis	1303



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Bearbeitet von	V
Vorwort zur 16. Auflage, Band 2	VII
Inhaltsübersicht	IX
Verzeichnis der Abkürzungen	XVII
Literaturverzeichnis	XXXI

1. Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung (EGInsO)

Erster Teil. Neufassung des Anfechtungsgesetzes

Art. 1 Gesetz über die Anfechtung von Rechtshandlungen eines Schuldners außerhalb des Insolvenzverfahrens (Anfechtungsgesetz – AnfG)	1
--	---

Zweiter Teil. Aufhebung und Änderung von Gesetzen

Art. 2–101 [nicht wiedergegebene Aufhebungs- und Änderungsvorschriften]	1
---	---

Dritter Teil. Internationales Insolvenzrecht. Übergangs- und Schlussvorschriften

Art. 102 Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 über Insolvenzverfahren	1
Art. 102a Insolvenzverfahren aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union	1
Art. 102b Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012	1
Art. 102c EGInsO Durchführung der Verordnung (EU) 2015/848 über Insolvenzverfahren	2

Teil 1. Allgemeine Bestimmungen	3
--	---

Teil 2. Sekundärinsolvenzverfahren	18
Abschnitt 1. Hauptinsolvenzverfahren in der Bundesrepublik Deutschland	18
Abschnitt 2. Hauptinsolvenzverfahren in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union	22
Abschnitt 3. Maßnahmen zur Einhaltung einer Zusicherung	30

Teil 3. Insolvenzverfahren über das Vermögen von Mitgliedern einer Unternehmensgruppe ..	31
---	----

2. Kommentierung Verordnung (EU) 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über Insolvenzverfahren

Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1. Anwendungsbereich	47
Artikel 2. Begriffsbestimmungen	53
Artikel 3. Internationale Zuständigkeit	61
Artikel 4. Prüfung der Zuständigkeit	85
Artikel 5. Gerichtliche Nachprüfung der Entscheidung zur Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens ..	87
Artikel 6. Zuständigkeit für Klagen, die unmittelbar aus dem Insolvenzverfahren hervorgehen und in engem Zusammenhang damit stehen	90
Artikel 7. Anwendbares Recht	96
Artikel 8. Dingliche Rechte Dritter	113
Artikel 9. Aufrechnung	122
Artikel 10. Eigentumsvorbehalt	126
Artikel 11. Vertrag über einen unbeweglichen Gegenstand	131
Artikel 12. Zahlungssysteme und Finanzmärkte	135
Artikel 13. Arbeitsvertrag	137
Artikel 14. Wirkung auf eintragungspflichtige Rechte	140
Artikel 15. Europäische Patente mit einheitlicher Wirkung und Gemeinschaftsmarken	142
Artikel 16. Benachteiligende Handlungen	144
Artikel 17. Schutz des Dritterwerbers	152
Artikel 18. Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf anhängige Rechtsstreitigkeiten und Schiedsverfahren	154
	XI

Inhaltsverzeichnis

Kapitel II. Anerkennung der Insolvenzverfahren

Artikel 19.	Grundsatz	156
Artikel 20.	Wirkungen der Anerkennung	158
Artikel 21.	Befugnisse des Verwalters	160
Artikel 22.	Nachweis der Verwalterbestellung	164
Artikel 23.	Herausgabepflicht und Anrechnung	165
Artikel 24.	Einrichtung von Insolvenzregistern	168
Artikel 25.	Vernetzung von Insolvenzregistern	174
Artikel 26.	Kosten für die Einrichtung und Vernetzung der Insolvenzregister	176
Artikel 27.	Voraussetzungen für den Zugang zu Informationen über das System der Vernetzung	176
Artikel 28.	Öffentliche Bekanntmachung in einem anderen Mitgliedstaat	178
Artikel 29.	Eintragung in öffentliche Register eines anderen Mitgliedstaats	184
Artikel 30.	Kosten	189
Artikel 31.	Leistung an den Schuldner	190
Artikel 32.	Anerkennung und Vollstreckbarkeit sonstiger Entscheidungen	197
Artikel 33.	Öffentliche Ordnung	207

Kapitel III. Sekundärinsolvenzverfahren

Artikel 34.	Verfahrensöffnung	219
Artikel 35.	Anwendbares Recht	235
Artikel 36.	Recht, zur Vermeidung eines Sekundärinsolvenzverfahrens eine Zusicherung zu geben	237
Artikel 37.	Recht auf Beantragung eines Sekundärinsolvenzverfahrens	260
Artikel 38.	Entscheidung zur Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens	264
Artikel 39.	Gerichtliche Nachprüfung der Entscheidung zur Eröffnung des Sekundärinsolvenzverfahrens	277
Artikel 40.	Kostenvorschuss	278
Artikel 41.	Zusammenarbeit und Kommunikation der Verwalter	280
Artikel 42.	Zusammenarbeit und Kommunikation der Gerichte	293
Artikel 43.	Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Verwaltern und Gerichten	301
Artikel 44.	Kosten der Zusammenarbeit und Kommunikation	306
Artikel 45.	Ausübung von Gläubigerrechten	306
Artikel 46.	Aussetzung der Verwertung der Masse	312
Artikel 47.	Recht des Verwalters, Sanierungspläne vorzuschlagen	318
Artikel 48.	Auswirkungen der Beendigung eines Insolvenzverfahrens	322
Artikel 49.	Überschuss im Sekundärinsolvenzverfahren	324
Artikel 50.	Nachträgliche Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens	325
Artikel 51.	Umwandlung von Sekundärinsolvenzverfahren	327
Artikel 52.	Sicherungsmaßnahmen	329

Kapitel IV. Unterrichtung der Gläubiger und Anmeldung ihrer Forderungen

Artikel 53.	Recht auf Forderungsanmeldung	333
Artikel 54.	Pflicht zur Unterrichtung der Gläubiger	336
Artikel 55.	Verfahren für die Forderungsanmeldung	342

Kapitel V. Insolvenzverfahren über das Vermögen von Mitgliedern einer Unternehmensgruppe

Abschnitt 1. Zusammenarbeit und Kommunikation	349	
Artikel 56.	Zusammenarbeit und Kommunikation der Verwalter	349
Artikel 57.	Zusammenarbeit und Kommunikation der Gerichte	363
Artikel 58.	Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Verwaltern und Gerichten	371
Artikel 59.	Kosten der Zusammenarbeit und Kommunikation bei Verfahren über das Vermögen von Mitgliedern einer Unternehmensgruppe	374
Artikel 60.	Rechte des Verwalters bei Verfahren über das Vermögen von Mitgliedern einer Unternehmensgruppe	375
Abschnitt 2. Koordinierung	383	
Unterabschnitt 1. Verfahren	383	
Artikel 61.	Antrag auf Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens	383
Artikel 62.	Prioritätsregel	387
Artikel 63.	Mitteilung durch das befassende Gericht	388
Artikel 64.	Einwände von Verwaltern	389
Artikel 65.	Folgen eines Einwands gegen die Einbeziehung in ein Gruppen-Koordinationsverfahren	391
Artikel 66.	Wahl des Gerichts für ein Gruppen-Koordinationsverfahren	391
Artikel 67.	Folgen von Einwänden gegen den vorgeschlagenen Koordinator	392
Artikel 68.	Entscheidung zur Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens	393

Inhaltsverzeichnis

Artikel 69.	Nachträgliches Opt-in durch Verwalter	395
Artikel 70.	Empfehlungen und Gruppen-Koordinationsplan	396
Unterabschnitt 2. Allgemeine Vorschriften		398
Artikel 71.	Der Koordinator	398
Artikel 72.	Aufgaben und Rechte des Koordinators	400
Artikel 73.	Sprachen	407
Artikel 74.	Zusammenarbeit zwischen den Verwaltern und dem Koordinator	408
Artikel 75.	Abberufung des Koordinators	409
Artikel 76.	Schuldner in Eigenverwaltung	411
Artikel 77.	Kosten und Kostenaufteilung	411

Kapitel VI. Datenschutz

Artikel 78.	Datenschutz	416
Artikel 79.	Aufgaben der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten in nationalen Insolvenzregistern	417
Artikel 80.	Aufgaben der Kommission im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten	419
Artikel 81.	Informationspflichten	420
Artikel 82.	Speicherung personenbezogener Daten	420
Artikel 83.	Zugang zu personenbezogenen Daten über das Europäische Justizportal	420

Kapitel VII. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Artikel 84.	Zeitlicher Anwendungsbereich	422
Artikel 85.	Verhältnis zu Übereinkünften	423
Artikel 86.	Informationen zum Insolvenzrecht der Mitgliedstaaten und der Union	426
Artikel 87.	Einrichtung der Vernetzung der Register	427
Artikel 88.	Erstellung und spätere Änderung von Standardformularen	428
Artikel 89.	Ausschussverfahren	428
Artikel 90.	Überprüfungsklausel	429
Artikel 91.	Aufhebung	430
Artikel 92.	Inkrafttreten	431
Anhang A	Insolvenzverfahren im Sinne von Artikel 2 Nummer 4	432
Anhang B	Verwalter im Sinne von Artikel 2 Nummer 5	435
Anhang C	Aufgehobene Verordnung mit Liste ihrer nachfolgenden Änderungen	437
Anhang D	Entsprechungstabelle	438

3. Krisen-Gesetzgebung früher (Corona-Gesetzgebung)

Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht

Artikel 1. Gesetz zur vorübergehenden Anpassung sanierungs- und insolvenzrechtlicher Vorschriften zur Abmilderung von Krisenfolgen (Sanierungs- und insolvenzrechtliches Krisenfolgenabmilderungsgesetz – SanInsKG) (früher: Gesetz zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht und zur Begrenzung der Organhaftung bei einer durch die COVID-19-Pandemie bedingten Insolvenz (COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetz – COVInsAG))		448
§ 1	Aussetzung der Insolvenzantragspflicht	448
§ 2	Folgen der Aussetzung	461
§ 3	Eröffnungsgrund bei Gläubigerinsolvenzanträgen	480
§ 4	Prognose- und Planungszeiträume	481
§ 4a	Höchstfrist für die Antragstellung bei Überschuldung	486
§ 5	Anwendung des bisherigen Rechts	486
§ 6	Erleichterter Zugang zum Schutzschirmverfahren	493
§ 7	Sicherstellung der Gläubigergleichbehandlung bei Stützungsmaßnahmen anlässlich der COVID-19-Pandemie	493
Artikel 2 bis 4		503
Artikel 5. Änderungen des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch		503
Artikel 240. Vertragsrechtliche Regelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie		503
§ 1	Moratorium	506
§ 2	Beschränkung der Kündigung von Miet- und Pachtverhältnissen	521
§ 3	Regelungen zum Darlehensrecht	529

Inhaltsverzeichnis

§ 4	Verordnungsermächtigung	538
§ 5	Gutschein für Freizeitveranstaltungen und Freizeiteinrichtungen	539
§ 6	Reisegutschein; Verordnungsermächtigung	559
§ 7	Störung der Geschäftsgrundlage von Miet- und Pachtverträgen	572

4. Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen (Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz – StaRUG)

Teil 1. Krisenfrüherkennung und Krisenmanagement

§ 1	Krisenfrüherkennung und Krisenmanagement bei haftungsbeschränkten Unternehmern	599
-----	---	-----

Teil 2. Stabilisierungs- und Strukturierungsrahmen

Kapitel 1. Restrukturierungsplan

Abschnitt 1. Gestaltung von Rechtsverhältnissen	610	
§ 2	Gestaltbare Rechtsverhältnisse	610
§ 3	Bedingte und nicht fällige Restrukturierungsforderungen; Forderungen aus gegenseitigen Verträgen	616
§ 4	Ausgenommene Rechtsverhältnisse	617
Abschnitt 2. Anforderungen an den Restrukturierungsplan	618	
§ 5	Gliederung des Restrukturierungsplans	618
§ 6	Darstellender Teil	629
§ 7	Gestaltender Teil	656
§ 8	Auswahl der Planbetroffenen	688
§ 9	Einteilung der Planbetroffenen in Gruppen	708
§ 10	Gleichbehandlung von Planbetroffenen	722
§ 11	Haftung des Schuldners	731
§ 12	Neue Finanzierung	749
§ 13	Änderung sachenrechtlicher Verhältnisse	757
§ 14	Erklärung zur Bestandsfähigkeit; Vermögensübersicht; Ergebnis- und Finanzplan	764
§ 15	Weitere beizufügende Erklärungen	771
§ 16	Checkliste für Restrukturierungspläne	777
Abschnitt 3. Planabstimmung	780	
Unterabschnitt 1. Planangebot und Planannahme, §§ 17–23 StaRUG	780	
§ 17	Planangebot	782
§ 18	Auslegung des Planangebots	798
§ 19	Annahmefrist	804
§ 20	Abstimmung im Rahmen einer Versammlung der Planbetroffenen	813
§ 21	Erörterung des Restrukturierungsplans	826
§ 22	Dokumentation der Abstimmung	833
§ 23	Gerichtliches Planabstimmungsverfahren	840
Unterabschnitt 2. Stimmrecht und erforderliche Mehrheiten	845	
§ 24	Stimmrecht	845
§ 25	Erforderliche Mehrheiten	855
§ 26	Gruppenübergreifende Mehrheitsentscheidung	860
§ 27	Absolute Priorität	868
§ 28	Durchbrechung der absoluten Priorität	875

Kapitel 2. Stabilisierungs- und Restrukturierungsinstrumente

Abschnitt 1. Allgemeine Bestimmungen	879	
Unterabschnitt 1. Instrumente des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens; Verfahren	879	
§ 29	Instrumente des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens	879
§ 30	Restrukturierungsfähigkeit	884
§ 31	Anzeige des Restrukturierungsvorhabens	889
§ 32	Pflichten des Schuldners	900
§ 33	Aufhebung der Restrukturierungssache	905
§ 34	Restrukturierungsgericht; Verordnungsermächtigung	915
§ 35	Örtliche Zuständigkeit	930
§ 36	Einheitliche Zuständigkeit	934
§ 37	Gruppen-Gerichtsstand	936
§ 38	Anwendbarkeit der Zivilprozessordnung	940

Inhaltsverzeichnis

§ 39	Verfahrensgrundsätze	944
§ 40	Rechtsmittel	948
§ 41	Zustellungen	953
Unterabschnitt 2. Restrukturierungsrecht		956
§ 42	Anzeige von Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung; Strafvorschrift	956
§ 43	Pflichten und Haftung der Organe	963
§ 44	Verbot von Lösungsklauseln	970
Abschnitt 2. Gerichtliche Planabstimmung		975
§ 45	Erörterungs- und Abstimmungstermin	975
§ 46	Vorprüfungstermin	977
Abschnitt 3. Vorprüfung		979
§ 47	Antrag	979
§ 48	Verfahren	980
Abschnitt 4. Stabilisierung		981
§ 49	Stabilisierungsanordnung	981
§ 50	Antrag	984
§ 51	Voraussetzungen der Stabilisierungsanordnung	988
§ 52	Folgeanordnung; Neuordnung	992
§ 53	Anordnungsdauer	993
§ 54	Folgen der Verwertungssperre	997
§ 55	Vertragsrechtliche Wirkungen	1000
§ 56	Finanzsicherheiten, Zahlungs- und Abwicklungssysteme, Liquidationsnetting	1008
§ 57	Haftung der Organe	1010
§ 58	Insolvenzantrag	1019
§ 59	Aufhebung und Beendigung der Stabilisierungsanordnung	1024
Abschnitt 5. Planbestätigung		1040
Unterabschnitt 1. Bestätigungsverfahren		1040
§ 60	Antrag	1040
§ 61	Anhörung	1043
§ 62	Bedingter Restrukturierungsplan	1043
§ 63	Veragung der Bestätigung	1044
§ 64	Minderheitenschutz	1048
§ 65	Bekanntgabe der Entscheidung	1060
§ 66	Sofortige Beschwerde	1060
Unterabschnitt 2. Wirkungen des bestätigten Plans; Überwachung der Planerfüllung		1075
§ 67	Wirkungen des Restrukturierungsplans	1075
§ 68	Sonstige Wirkungen des Restrukturierungsplans	1080
§ 69	Wiederaufleben gestundeter oder erlassener Forderungen	1081
§ 70	Streitige Forderungen und Ausfallforderungen	1084
§ 71	Vollstreckung aus dem Restrukturierungsplan	1086
§ 72	Planüberwachung	1088
Kapitel 3. Restrukturierungsbeauftragter		
Abschnitt 1. Bestellung von Amts wegen		1090
§ 73	Bestellung von Amts wegen	1090
§ 74	Bestellung	1110
§ 75	Rechtsstellung	1131
§ 76	Aufgaben	1155
Abschnitt 2. Bestellung auf Antrag		1167
§ 77	Antrag	1167
§ 78	Bestellung und Rechtsstellung	1171
§ 79	Aufgaben	1174
Abschnitt 3. Vergütung		1176
§ 80	Vergütungsanspruch	1176
§ 81	Regelvergütung	1183
§ 82	Festsetzung der Vergütung	1193
§ 83	Vergütung in besonderen Fällen	1197
Kapitel 4. Öffentliche Restrukturierungssachen		
§ 84	Antrag und erste Entscheidung	1206
§ 85	Besondere Bestimmungen	1206
§ 86	Öffentliche Bekanntmachung; Verordnungsermächtigung	1210
		XV

Inhaltsverzeichnis

§ 87	Restrukturierungsforum; Verordnungsermächtigung	1212
§ 88	Anwendbarkeit des Artikels 102c des Einführungsgesetzes zur Insolvenzordnung	1214

Kapitel 5. Anfechtungs- und Haftungsrecht

§ 89	Rechtshandlungen, die während der Rechtshängigkeit der Restrukturierungssache vorgenommen werden	1218
§ 90	Planfolgen und Planvollzug	1234
§ 91	Berechnung von Fristen	1245

Kapitel 6. Arbeitnehmerbeteiligung

§ 92	Beteiligungsrechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz	1247
§ 93	Gläubigerbeirat	1247

Teil 3. Sanierungsmoderation

§ 94	Antrag	1256
§ 95	Bestellung	1263
§ 96	Sanierungsmoderation	1265
§ 97	Bestätigung eines Sanierungsvergleichs	1269
§ 98	Vergütung	1272
§ 99	Abberufung	1275
§ 100	Übergang in den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen	1276

Teil 4. Frühwarnsysteme

§ 101	Informationen zu Frühwarnsystemen	1279
§ 102	Hinweis- und Warnpflichten	1279
Anlage (zu § 5 Satz 2)	Notwendige Angaben im Restrukturierungsplan	1288

Sachverzeichnis		1303
-----------------	--	------

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG